

Angigen inneren Kolonisation. Wie gezeigten Domänen sollen sich der weitem nicht alle Domänen zur Aufteilung. Wir sind jedoch falls von dem inneren Willen befreit, so bald als möglich Domänenland zur inneren Kolonisation herzugeben. Die Landwirtschaftliche Verwaltung wird in den kommenden Jahren so viel an Domänen zur Verfügung stellen, wie es nach Lage der Verhältnisse möglich ist, selbstverständlich unter Ausschluss der Domänen, welche sich für Zwecke der inneren Kolonisation nicht eignen.

Abg. Dr. Arnung (NatL):
Die Angelegenheit der Weisung gegen meinen Freund Wagner die Werte lassen sich im Augenblick nicht nachprüfen. Weder des Wohlwollens erbitte ich dem Minister für das Bad Neuburg. Die Domänen müssen zur inneren Kolonisation herangezogen werden. Eine gewisse Aufteilung kann nur ruhig vorgenommen werden. Wir wollen nicht, wie ich erneut betonen, den ganzen Großgrundbesitz aufteilen. Zu meiner Heimatprovinz Hannover, wo sich eine erfreuliche Entwicklung zu kleineren Besitzern zeigt, gibt es eine Anzahl von Domänen, die bei ihrem großen Umfang unrentabel und schädlich für ihre Umgebung sind, z. B. die Domäne Schma in der Kreis Stolzenau.

Abg. Dürm (Wp.):
entfällt die Aufteilung der Domäne Sahlitz bei Sorau. Von allen Seiten wird die Notwendigkeit dieser Aufteilung anerkannt. Nur die Regierung ist aus dem Stadium der Erwägungen noch nicht herausgekommen.

Abg. Feinert (Soz.):
Die Domänen werden nicht so billig veräußert. Der Staat hat aber keine Verantwortung für Domänen wieder zu verkaufen. Wie verlangen eine Nachweisung über die Verkaufhaltung auf den staatlichen Domänen, damit wir sehen können, ob auch der Landwirtschaftsminister das Seine zur Fleischversorgung getan hat. Die e o b ä d e r sollen der Allgemeinheit mehr zugänglich gemacht werden. Auf den Vorbesitz können sehr wohl Gesetzwahlrechte für sich in die erreicht werden.

Abg. v. Kessel (Konf.):
Der Abg. Feinert hat eine Beneidliche Vorwürfe gegen die Domänenpächter erhoben, die ich zurückweise.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:
Dem schliche ich mich namens der Landwirtschaftlichen Verwaltung an. Ueber die Verkaufhaltung auf den Domänen habe ich mich bereits im Reichstag ausgesprochen. Auf den Domänen werden im ganzen 180 734 Stück Großvieh und 328 902 Stück Kleinvieh gehalten; das macht auf je 69 Morgen durchschnittlich 9,97, also nahezu 10 Stück Großvieh und 18,7, also nahezu 20 Stück Kleinvieh. Von den getauften Staatsdomänen sind nur drei ohne Viehhaltung, darunter ist Wilsdorf, wo wegen der Erbschaftssteuer kein Vieh für die Viehhaltung, die beiden anderen sind parzelliert, welche an Bauerngenossenschaften bezogen. Mit der Aufteilung der Domänen sind wir schon vorangetragen. Seit 1902 sind 62

Domänen für Kolonisationszwecke aufgeteilt worden. Es eignen sich der weitem nicht alle Domänen zur Aufteilung. Wir sind jedoch falls von dem inneren Willen befreit, so bald als möglich Domänenland zur inneren Kolonisation herzugeben. Die Landwirtschaftliche Verwaltung wird in den kommenden Jahren so viel an Domänen zur Verfügung stellen, wie es nach Lage der Verhältnisse möglich ist, selbstverständlich unter Ausschluss der Domänen, welche sich für Zwecke der inneren Kolonisation nicht eignen.

Abg. Hoff (Wp.):
In der Aufteilung der Domäne muß ein ganz anderes Tempo eingeschlagen werden, als bisher, namentlich in Pommern. In jedem einzelnen Falle wird immer gesagt: Um Gottes Willen diese Domäne muß herbeigeholt werden. Wenn aber der Minister in einem Schreiben berichtet hat, die pommerschen Städte besitzigen über denselben Grundbesitz wie der Pommernkreis, so ist das irrig. Der Minister muß in schnellerem Tempo vorgehen.
Ein Regierungskommissar: Der Herr Kolonnenrat überseht, daß im letzten Jahr allein 23 Domänen aufgeteilt sind.

Abg. Feinert (Soz.):
Ich bleibe dabei, daß die Domänen zu wenig Vieh haben. Wegen die Domänenpächter habe ich nur behauptet, daß sie im Verhältnis zum Wert und Betrag der Domänen zu wenig Vieh besitzen. Aber dafür hat im Parlament, das mit dem Grundbesitz vertritt, ich hat gegen solche Anklagen nur immer die Antwort: Das ist nicht wahr! Sie (nach rechts) behaupten nur, aber beweisen nicht. (Lachen rechts).

Abg. Heine (NatL):
Der Viehbestand der Domänen ist zu erhöhen. Wir müssen unsere Viehhaltung erweitern und die Domänen dürfen dabei keine Ausnahme machen.

Abg. Jennings (Konf.):
Wir Konfessionslose sind keine Feinde der inneren Kolonisation. Alle Welt will die Aufteilung von Eisenwerke und nur die Stadt Friedberg gerührt ist. Der Aufteilung des Weiswader Stadiguts hat sich der Magistrat von Weiswader widersetzt.

Abg. v. Kessel (Konf.):
Ich muß meine Bemerkungen gegen Herrn Feinert aufrecht erhalten, er hat nicht bewiesen.

Abg. Dr. Arnung (NatL):
Ich bedauere den Widerstand des Ministers gegen die Aufteilung der Domäne Schma.

Abg. Weiskermel (Konf.):
Welche Ausführungen gegen Herrn Wagner die Werte stiften sich auf einen Reichstag der Kolonisation.

Abg. Hoff (Wp.):
Minister Picquel wollte eine Vorlage zur inneren Kolonisation einbringen. Aber der Führer der Konfessionsliste hat abgelehnt.

Lasfer hat schon vor 40 Jahren innere Kolonisation gefördert. Die Konfessionen sind an der Verbodung des Offens schuld. (Wesfall links, Lachen rechts).

Abg. Frhr. v. Ralauhn (Konf.):
Dem Kolonnenrat ist es widerstreben. Frhr. von Wangenheim war einer der ersten, der praktische innere Kolonisation getrieben hat, und der Provinziallandtag hat die Gründung einer Landgesellschaft beschlossen. Diese hat ausgeschieden gearbeitet. Der Herr Feinert hat feinerzeit das Rentengesetz abgelehnt, ohne daß die Aufteilung doch unmöglich ist. (Wesfall rechts).

Abg. Hoff:
Ein so ausgezeichneter Kolonnenrat wie Direktor Weg hat gerade die Organisation der pommerschen Landgesellschaft als leuchtend bezeichnet. Ich jetzt der Widerstand des Großgrundbesitzes gebrochen, so begrüße ich das.

Die allgemeine Aussprache schließt.
Auf Befehlen der Abg. Gobenstly (Str.) und von Strombeck (Str.) erklärt.

Ein Kommissar: Der Abg. des Reichstages Wagner hat auch im höchsten Sommer 1912 die hohen Zahlen von 1911 wieder erreicht. Beim Wasser von Seltzer war der Abg. im Reichstag allerdings etwas unglücklich.

Abg. Frhringer (NatL):
Für Kolonnenrat erscheinen wieder keine besonderen Mittel. Dabei nimmt die Konkurrenz der holländischen und belgischen Wäber fortgesetzt zu.

Abg. Dr. Aderhoff (Freisoz.):
begrüßt die im Etat erscheinenden Mittel zur weiteren Aufschließung der östlichen Moore. Die Domänenverwaltung verhält sich bei dem Verkauf von Moor sehr ablehnend; das steht im Widerspruch zu der Stellungnahme der Staatsregierung. Wie sieht es mit dem Jwozialand nach Großschle? Ein Regierungskommissar: Der Jwozialand wird auch in diesem Jahre gebaut werden. Sobald die Moore urbar gemacht sind, wird auch Land verkauft werden.

Abg. Frhringer (NatL):
wünscht eine Verbesserung der Wasserwege der Stadt Nordsee zur See.

Abg. Bardecke (Konf.):
traut Wünsche zu der beschrieblichen Eingemeindung der Banggrichtkolonie in die Stadt Elbing vor.
Der Domänenrat wird bewilligt.
Das Haus vertagt sich.
Donnerstag 11 Uhr: Fortschritt, Etat der Gesundheit.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Abbruch der friedens-Verhandlungen.

London, 29. Jan. (Preis-Act.) Die Note, welche die Balkanverbindungen heute nachmittag den Delegierten überreichten, erklärt die Verhandlungen für abgebrochen.

Botschafter v. Wangenheim über Anatolien.

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel hat in einer Kaisergeburtstagsfeier die wirtschaftlichen Interessen in Kleinasien berührt, die wir dort zweifellos in hohem Maße besitzen. Telegramme melden:
Konstantinopel, 29. Jan. Während des Banketts, das die deutsche Gesandtschaft zu Ehren des Geburtstages des Deutschen Kaisers veranstaltete, sprach der deutsche Botschafter Frhr. von Wangenheim folgende Worte: „Ebensowenig heute wie in der Zukunft wird jemand einen Finger an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen haben.“

Paris, 29. Jan. Von höchsten Blättern wird hervorgehoben, daß die vom deutschen Konstantinopeler Botschafter bei der Kaisergeburtstagsfeier gesprochenen Worte in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung gedeutet worden seien.
Daß diese Äußerung des Frhr. v. Wangenheim der Auffassung der Berliner leitenden Kreise entspricht, wird dem „Col. Anz.“ bestätigt.

Deutsches Reich.

Poststat und Telephonanschluß in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung des Poststatats fort. Von einer Seite wurde die Einrichtung der neuen freiwilligen Kantonnalkasse der Postverwaltung als eine durchaus segensreiche Einrichtung begrüßt und insbesondere auch die vorbildliche Regelung der Arzfrage anerkannt; von anderer Seite wurde die ganze Organisation dieser Kasse und insbesondere die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung durch die Postverwaltung beanstandet. Wegen dieser Mängel sei die Zahl der beigetretenen Mitglieder nur klein. Die Postverwaltung wies diese Behauptung zurück; es seien 55 000, das sind 43 Prozent der ganzen Unterbeamtenzahl, beigetreten, ein durchaus günstiges Ergebnis. Die Aufweisung der Beiträge für Altersvorsorge und für Familien mit mehr als fünf Kindern sei notwendig gewesen, um die Beiträge möglichst niedrig halten zu können, und nicht diejenigen Beamtenkreise, die die Einrichtung verhältnismäßig wenig in Anspruch nehmen, vom Eintritt abzuschrecken. Bei der Beratung der Paragrafen wird von national-ökonomischer Seite beanstandet die Lage in Hinblick auf die Paragrafen, die Verluste an Zinsen, übermäßig große Ausgaben für Bauleitung, für Mieten provisorischer Räume usw. Es wird ein rascherer Bau der staatlichen Gebäude, sowie rascherer Abrechnung, auch im Interesse der Handwerker, gefordert. Demgegenüber betonte Staatssekretär Kraetzke, daß die Postverwaltung schon im eigenen Interesse für mögliche Beschleunigung aller Bauten eintrete.
Im Anschluß daran setzte eine umfangreiche Erörterung über etatrechtliche Fragen ein, über die Einweisung von Schlupfräten und über die Abrechnung, wobei insbesondere behauptet wurde, daß die ausführenden Laboranten vielfach die gemachten Ergebnisse in irgendeiner Weise weiter verwenden, was nicht im Interesse des Reiches liege.
Gegen die vom Berichterstatter angeregte weitere Erhöhung des Vorkaufschlags der Einnahmen etwa um 1 1/2 Millionen wendet sich nachdrücklich der Vertreter der Re-

gierung. Das Jahr 1912 habe kaum einen Ueberschuß über den Vorkaufschlag ergeben, während das Jahr 1911 einen Ueberschuß von 15 Millionen für die Postverwaltung ergeben habe. Das weist darauf hin, daß man nicht mit der starken Steigerung des letzten Jahres rechnen dürfe. Man müsse daher die Einnahme vorsichtig einschätzen. Von nationalökonomischer Seite wurde auch unter Zustimmung der anderen Parteien stärkere Amortisation der Anleihen für Postanlagen gefordert, etwa 3 Prozent. Es wurde auf die Gefahr einer Entwertung der Anlagen durch eine technische Umwälzung hingewiesen. Der Staatssekretär sagte Prüfung des Vorschlags zu, warnte aber vor übermäßiger Anspannung der Amortisation, weil darunter unter Umständen die möglichst rasche Ausdehnung des Telephonnetzes leiden könnte. Von sozialdemokratischer Seite wurde um Auskunst über den Fall des Reichsanwalts Dr. Pächter gebeten, dem wegen Beleidigung der Postverwaltung der Telephonanschluß entzogen worden ist. Der Staatssekretär wies darauf, daß die Sache zurzeit im Prozeßwege behandelt werde, sowohl wegen Beleidigung wie wegen Schadenersatzanspruches des Reichsanwalts; er könne deshalb zurzeit keine Auskunft geben, er möchte jedoch gegenüber der gedauerten Befürchtung, als sei das Publikum mit seinen Telephonanschläßen nicht geschützt, betonen, daß es sich um einen ganz ungewöhnlichen Fall gehandelt habe. Bei einer Million Anschlüsse sei noch keine Frage erhoben worden, und es werde auch in Zukunft das Publikum keineswegs mit seinen Telephonanschläßen gewissermaßen in der Luft stehen.

Des weiteren wurde über den niedrigen Tarif für Geschäftspapier der Versicherungsgesellschaften gesprochen und die Ausdehnung auf die Gewerkschaften gefordert.

In kriegerischer Stimmung.

Zum Geburtstage des Kaisers pflegen die südlichste und die nördlichste Garnison des Deutschen Reiches alljährlich telegraphische Grüße auszutauschen. Der Festzug Linbaun an Memel ist heute sehr schwungvoll ausgefallen. Er lautet:
Noch glühe die Jacke, die im Wetterwintel Gar wird entzamt und höherer Entsch.
Noch stimmt die Gait — ein Windstich und die Flamme Sturz jügend Nachruß über Nach.
Nur zu — Soll uns ein wenig Feuer scheiden?
Im Feuer röhrt man sich. Dann wird erst warm
Das Herz heiß röllt das Blut dann durch die Adern,
Noch Wehr und Waffen greift der deutsche Arm,
Und jubelnd zieht wir alle Seit an Seite,
Dem Kampf entgegen, frohm zum ins Feld.
Nur immer drauß! „Es lebe unser Kaiser!“
Schall's dann wie heut begeistert durch die Welt.

Verurteilung eines französischen Industrie-Spions.

Die Strafammer in Elberfeld verurteilte den Techniker Pierre Guillard wegen Betrugs von Fabrikgeheimnissen und Anknüpfung dazu sowie wegen Diebstahls von fünf Monaten Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Haft. In dem Verurteilten hat man es mit einem französischen Industrie-Spion zu tun. Er hatte sich, obwohl er eine französische Spionagebehörde besucht hatte, als gewöhnlicher Dreher bei der Firma Bremschlag in Ohligsen annehmen lassen, um die Fabrikationsgeheimnisse in Schichten auszukundschaften. Wie festgestellt, hatte er seinem Vater, der in einer Kurentrennfirma in Lyon Werkmeister ist, brieflich Auskunft über Maschinen und die ganze Fabrikationsweise gegeben. Auch hat er versucht, Arbeiter und Meister zweier anderer Ohliger Firmen zum Verrat von Fabrikgeheimnissen zu verleiten. Durch diese Leute, die ihre Arbeitgeber verdinglicht, wurde er entlarvt. In seinem Verließ fand man bei der Hausdurchsuchung allerlei Material, das er sich widerrechtlich angeeignet hatte.

Kzer und Flotte.

Der neue Chef der Hochseeflotte.

Der Nachfolger Admirals von Holtzendorff in der Führung der Hochseeflotte Vizeadmiral v. Jagen o h i steht seit 1874 im Dienste der deutschen Marine. In den Jahren 1904

bis 1908 war er Kommandant der Yacht „Hohenzollern“. In der Periode 1907 wurde er Kommandant, jedoch blieb er noch kurze Zeit in seiner Stellung. Im Herbst des Jahres 1908 wurde er unter Befehl in dem Verhältnis als Admiral a la suite des Kaisers zum zweiten Admiral des 1. Geschwaders, dessen Geschwaderchef damals der jetzt zurückgetretene Admiral von Holtzendorff war, ernannt. Bald wurde er jedoch mit der Führung des östlichsteigen Kreuzergeschwaders beauftragt. In demselben Jahre erhielt er den Adel. Im Oktober 1910 wurde er Chef des zweiten Geschwaders.

Hof- und Personalmeldungen.

Sofanlage.
* Der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf v. Eulenburg, läßt folgende Hofanlage ergeben:
Am Dienstag, den 4. Februar d. J., wird bei Ihren Kaiserlichen und Königl. Majestäten im Weißen Saal des Königl. Schlosses hierelst ein Ball stattfinden, zu welchem die Einladungen durch die Hofkammer und durch Karten erfolgen. Es wird dringend ersucht, im Beibringungsfall die Abgabe umgehend an das Ober-Hofmarschallamt gelangen lassen zu wollen. Diejenigen Herren, die zur Anlegung einer Uniform oder Anstrich nicht berechtigt sind und demnach früher im schwarzen Frack und weißer Kravatte erschienen, haben nunmehr die Befugnis, das vorgeschriebene Stoffkleid zu tragen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 30. Januar.

Die Zustandigkeit der Armen-Bezirkskommissionen.

Da die neue Armen-Ordnung nebst Gehaltsanweisung eine erheblich erweiterte Zuständigkeit der Bezirkskommissionen vorläßt, aber wegen umfangreicher Korrekturen voraussichtlich erst zum 1. April 1913 in Kraft treten kann, hat die Armenverwaltung in ihrer Sitzung vom 27. d. M. beschlossen, schon jetzt die Zuständigkeit der Kommissionen, wie folgt, zu erweitern:

I. Die Bezirkskommissionen sind bis auf weiteres beauftragt, Unterzügen bis zu folgenden Höchstzahlen selbstständig zu bewilligen: 1. laufende Unterzügen: a) für eine alleinstehende Person bis zu monatlich 15 Mark, b) für ein kinderloses Ehepaar bis zu monatlich 20 Mark, c) für eine Familie (auch Witwe oder getrennt lebende Ehefrau) mit nicht mehr als 4 Kindern unter 14 Jahren bis zu monatlich 30 Mark, d) für eine Familie (auch Witwe oder getrennt lebende Ehefrau) mit fünf und mehr Kindern unter 14 Jahren bis zu monatlich 35 Mark, 2. einmalige Unterzügen: a) für eine alleinstehende Person bis zu monatlich 15 Mark, b) für ein kinderloses Ehepaar oder Familien mit Kindern bis zu monatlich 20 Mark.

II. Bezüglich der Unterzüge oder die ihnen Hauszahl teilenden nicht selbständigen Angehörigen eine Anzahl, hinter liegenden, Alters- oder Invalidrenten, eine Pension, einen Ruhegeld oder ähnliche dauernde Einkünfte, so darf die laufende Unterzügen mit den Renten usw. zusammen die unter I. vorgezeichneten Höchstätze, ohne daß es einer Genehmigung der Armenverwaltung bedarf, nach um 5 Mark monatlich übersteigen. Die Veteranenbeihilfe scheidet jedoch bei Bemessung der Unterzügen ganz aus.

III. Nur, wenn die unter I und II vorgezeichneten Höchstätze überschritten werden, ist die Genehmigung der Armenverwaltung einzuholen.

Rönnin Julie

lebt noch heute in allen deutschen Herzen mit ungewählter Kraft fort als Symbol einer in ihrem Leben schmerzhaften Frau. Bei dieser Wesen gibt ein glänzender Stern wieder, den die Ballage Zheator zuerst zeigt. Es hat einen eigenen Reiz, dem sich niemand entziehen kann, Kreuzens Dönnin in ihrer Jugend sorglos im Park dahinjelen, später bei Goethes Mutter in Frankfurt a. M., bei ihrem Einzug in Berlin und im Kreise ihrer Familie zu leben. Wie sie, von Heiligkeit umflossen, in der Reichshauptstadt jeder den Weisheitsmarkt besucht und für alle Armen eine Gabe spendet — das muß man selbst anschauen! Im übrigen bieten mehrere schöne Films reichlich Gelegenheit zum Lachen

